

Fachbereich/Gruppe FB 3 Bürgerdienste		Datum 07.10.2019	Vorlagennummer 2019/950/227
Bearbeiter/in Herr Jürgen Kehr	Verfasser/in Herr Jürgen Kehr	Aktenzeichen 402-05	Vorlagenstatus öffentlich
Betreff Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion Resolution des Verbandsgemeinderates Bodenheim "Seenotrettung ist Lebensrettung"			
Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Zuständigkeit
Sozial-, Kultur- und Fremdenverkehrsausschuss	23.10.2019	öffentlich	Vorberatung
Verbandsgemeinderat	19.12.2019	öffentlich	Entscheidung

Sachverhalt:

Mit Brief, eingegangen am 09.09.2019, reichten die CDU-Fraktion, die FWG-Fraktion und die Fraktion der Freien Demokraten den folgenden Antrag zum Beschluss einer Resolution im Verbandsgemeinderat ein.

- Die Verbandsgemeinde Bodenheim schließt sich der Initiative der Oberbürgermeister*innen aus Bonn, Köln und Düsseldorf, der sich inzwischen viele weitere Städte und Landkreise in Deutschland angeschlossen haben, an und erklärt sich mit den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.
- Die Verbandsgemeindeverwaltung Bodenheim ist bereit, aus Seenot Gerettete aufzunehmen und wird damit zum „Sicheren Hafen“.
- Die Verbandsgemeinde Bodenheim verurteilt die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer.
- Der Bürgermeister wird gebeten, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Begründung:

Seit der Gründung im Juli 2018 haben sich zahlreiche Städte und Gemeinden mit der Seebrücke solidarisch erklärt. Unter ihnen auch die Städte Mainz, Wiesbaden und Trier. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag, um Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität.

Auch die Verbandsgemeinde Bodenheim soll dazu einen aktiven Beitrag leisten und sich zum „Sicheren Hafen“ erklären.

In der Sitzung des Verbandsgemeinderats Bodenheim am 19.09.2019 wurde der Antrag gestellt, diesen Antrag auf Beschluss einer Resolution in den Sozialausschuss zur weiteren Beratung zu verwiesen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In seiner Sitzung am 02.09.2019 fasste bereits auch der Kreistag des Landkreises Mainz-Bingen den Beschluss, sich der Initiative SEEBRÜCKE anzuschließen. Der Beschluss entspricht inhaltlich dem vorgenannten Resolutionsentwurf im Verbandsgemeinderat. Mit dem Beschluss soll verbunden sein, dass Flüchtlinge im Rahmen der Quote aufgenommen werden. Auch die Begründung des Antrages ist abgesehen von der Erweiterung: „Der Landkreis Mainz-Bingen wird den Beschluss hinsichtlich der Unterbringung gemeinsam mit

den kreisangehörigen Kommunen umsetzen, die sich ebenfalls an der Initiative beteiligen. Er verbindet mit dem Beitritt zu der kommunalen Initiative die Hoffnung, dass es, beginnend in den Kommunen vor Ort und endend im Europäischen Rat, gelingen wird, eine solidarische und humane Lösung für den Umgang mit den Menschen zu finden, die auf dem Weg nach Europa in Seenot geraten sind.“, deckungsgleich.

Von dem im Kreistag beschlossenen Antrag und dem dazugehörigen Schreiben von Frau Landrätin Dorothea Schäfer wurden die Herrn Oberbürgermeister und die Herrn Bürgermeister informiert. Mit Blick auf den laufenden Entscheidungsprozess in den kreisangehörigen Gebietskörperschaften wurde im Schreiben an Herrn Bundesinnenminister Seehofer auf die Nennung von Namen verzichtet. Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen schlug vor, die Namen nachzureichen, sobald die Gebietskörperschaften feststehen, die sich an der Initiative beteiligen.

Durch einen entsprechenden Beschluss würde die Verbandsgemeinde Bodenheim Solidarität mit denjenigen bekunden, die die Solidarität unserer Wertegemeinschaft in der Europäischen Union sehen. Als Teil dieser Wertegemeinschaft steht damit auch die Bundesrepublik Deutschland im Fokus, aus dem Mittelmeer geretteten Menschen in der EU ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund würde die Verbandsgemeinde Bodenheim die Bereitschaft bekunden, Verantwortung zu übernehmen und sich solidarisch sowohl mit den geretteten Menschen als auch mit anderen Staaten Europas zu zeigen.

In seiner Sitzung am 23.10.2019 empfahl der Sozial-, Kultur- und Fremdenverkehrsausschuss einstimmig dem Verbandsgemeinderat Bodenheim, dem Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion Resolution des Verbandsgemeinderates Bodenheim „Seenotrettung ist Lebensrettung“ zuzustimmen.

Anlage/n

2019_09_09 - Resolution des Verbandsgemeinderates Bodenheim - Seenotrettung ist Lebensrettung